

# bewegt!



Sozial Global nimmt Kündigungen zurück

## Neue Verhandlungen nach Protesten



Protest vor Sozial-Global-Zentrale: Zieht uns nicht das letzte Hemd aus!



Thomas Stöger: „Nein zu den massiven Lohnkürzungen!“



Bildungsvolksbegehren: Jetzt Unterstützungserklärung abgeben!



„Wir sagen Nein zu den Änderungskündigungen und Lohnkürzungen bei Sozial Global!“

THOMAS STÖGER,  
Wiener Landesgeschäftsführer  
der Gewerkschaft vida

## Proteste brachten ersten Schritt in die richtige Richtung:

# VERHANDLUNGEN STATT KÜNDIGUNGEN

**Das Unternehmen Sozial Global, eines der größten Anbieter von Pflege- und Betreuungsleistungen in Wien, hat am 21. Februar 385 langjährig Beschäftigte beim AMS-Frühwarnsystem zur Kündigung angemeldet. Akzeptieren die 375 Frauen und 10 Männer, die größtenteils Teilzeit arbeiten, die massive Kürzung ihres Einkommens nicht, werden sie mit Anfang April gekündigt.**

### SO LAUTETE DIE AUSGANGSLAGE.

Nach heftigen öffentlichen Protesten durch die Gewerkschaft vida, die BetriebsrätInnen und die Beschäftigten selbst musste das Unternehmen einlenken. Am 25. Februar nahm die Geschäftsführung die Anmeldung der Beschäftigten beim AMS und damit die Änderungskündigungen vorerst zurück. Nun finden Verhandlungen von Betriebsrat und Gewerkschaft mit der Arbeitgeberseite über etwaige Einsparungsmöglichkeiten statt. vida möchte faire und seriöse Verhandlungen. „Bei den Löhnen und Gehältern ist der Ver-

handlungsspielraum aber eher eng. Die betroffenen Beschäftigten sind mit einem Stundenlohn von rund zehn Euro sicher nicht überbezahlt“, sagt der Wiener Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft vida, Thomas Stöger.

### Worum geht es?

Die Sozial Global AG beschäftigt rund 800 MitarbeiterInnen. Sie betreuen und pflegen alte und kranke Menschen, sind bei Essen auf Rädern, im Besuchsdienst, im Reinigungsdienst und in der Kinderbetreuung im Einsatz. Rund die Hälfte der Beschäftigten befindet sich im alten Entgeltschema entsprechend den Übergangsbestimmungen des Kollektivvertrages. Der Grund: Sie waren bereits vor Einführung des BAGS-Kollektivvertrages, der seit Juli 2004 gilt, im Betrieb beschäftigt. „Diese langjährigen Beschäftigten als Privilegienritter abzustempeln, wie das die Geschäftsführung und die Eigentümervertreter in den vergangenen Tagen versucht haben, geht

an der Realität vorbei“, sagt die Betriebsratsvorsitzende der ArbeiterInnen bei Sozial Global und Landesvorsitzende der Gewerkschaft vida in Wien, Leopoldine Frühwirth. „Das durchschnittliche Nettoeinkommen der ArbeiterInnen inklusive Zuschläge für Sonntagsarbeit und Erschwernis liegt bei 1.300 netto“, ergänzt vida-Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger.

### Wer steckt dahinter?

Alleinaktionär der Sozial Global AG ist ein Verein gleichen Namens, der 1957 von den Wiener SPÖ-Frauen gegründet wurde. Vereinsvorsitzende ist aktuell Nicole Krottsch, die Frauensekretärin der



LEOPOLDINE FRÜHWIRTH,  
Vorsitzende des Arbeiter-BR bei  
Sozial Global und Landesvorsitzende  
der vida-Wien

Wiener SPÖ-Frauen. Dass gerade ein Unternehmen im direkten Einflussbereich der Wiener SPÖ-Frauen langjährig Beschäftigte vor die Wahl stellen wollte, entweder den Job zu verlieren oder für wesentlich weniger Geld zu arbeiten, sorgte nicht nur bei den Beschäftigten und der Gewerkschaft, sondern auch in der Öffentlichkeit für Entrüstung.

## Zusammenhalt stärkt.

Im Rahmen von insgesamt fünf Betriebsversammlungen am 23. und 24. Februar beschlossen die Beschäftigten als Zeichen des Protests gegen die unsoziale Vorgangsweise des Unternehmens am 7. März eine Betriebsversammlung im öffentlichen Raum abzuhalten. Auch wenn die Änderungskündigungen vorerst ausgesetzt sind, findet die öffentliche Betriebsversammlung statt. „Wir wollen möglichst viele sein und so Druck machen für faire Arbeitsbedingungen in Pflege und Betreuung - bei Sozial Global und in der Branche insgesamt“, kündigt Betriebsratsvorsitzende Leopoldine Frühwirth an.

## UNTERSTÜTZE DIE BESCHÄFTIGTEN

**KOMM ALS GAST ZUR BETRIEBSVERSAMMLUNG.** Am 7. März 2011 um 10.00 Uhr am Friedrich-Schmidt-Platz hinter dem Wiener Rathaus wollen wir unsere Solidarität mit den Beschäftigten von Sozial Global zeigen. Als Redner wird auch fsg-vida-Vorsitzender Wilhelm Habertzettl vor Ort sein. Mehr unter [www.vida.at](http://www.vida.at)

## Unterzeichne unsere Online-Petition

Trag dich in die Online-Petition auf [www.vida.at](http://www.vida.at) ein. Auch ein Video, in dem die Beschäftigten zu Wort kommen und ein Video über die Protestaktion vor der Sozial Global Aufsichtsratssitzung vom 24. Februar findest du auf [www.vida.at](http://www.vida.at).

## EDITORIAL



WILHELM HABERZETTL,  
Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer  
GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft vida,  
Vorsitzender der Sektion Verkehr

# Nicht auf Kosten der Beschäftigten!

**Die Auseinandersetzung um die von Einkommenskürzungen und Kündigung bedrohten Beschäftigten bei Sozial Global macht erneut deutlich, dass es zur Absicherung qualifizierter Pflege und Betreuung eines neuen Finanzierungskonzepts bedarf. Die Gewerkschaft vida fordert deshalb schon lange eine „Sozialmilliarde“ sowie die Einrichtung eines Pflegefonds durch die Bundesregierung ein.**

**DAZU GIBT ES KEINE ALTERNATIVE.** Dem Abladen von Finanzierungsproblemen auf dem Rücken der Beschäftigten werden die Gewerkschaften jedenfalls nicht tatenlos zusehen. Pflege- und Betreuungstätigkeiten auszuüben, bedeutet harte Arbeit zu leisten, die auch entsprechend abgegolten werden muss. Nettomonatslöhne von durchschnittlich 1.300 Euro wie bei Sozial Global eignen sich deshalb sicher nicht für Kürzungen.

Obwohl er für nicht immer arbeitnehmerInnenfreundliche Aussagen bekannt ist, hat dies der Arbeits- und Sozialrechtler Wolfgang Mazal dieses Mal auf den Punkt gebracht. Das Einstiegsgehalt für eine Vollzeitbeschäftigung betrage für Pflegekräfte 1.900 Euro brutto - das sei „viel zu wenig“, so Mazal im ORF-Interview. Der ORF zitierte Mazal dazu weiter, dass gerade im Sozialbereich zu wenig Geld für adäquate Löhne vorhanden sei. Es werde hier zu viel gespart, und Mazal forderte deshalb: „Eine Pflegekraft müsste so viel verdienen wie ein Mechaniker. Oder ist uns das Auto wichtiger als der Mensch?“

Die Arbeitgeberseite bei Sozial Global hat nach heftigen Protesten von Gewerkschaft und BetriebsrätInnen eingelenkt und zeigt sich nun verhandlungsbereit. Wir GewerkschafterInnen werden uns auch in Zukunft mit aller Kraft wehren, wenn versucht wird, kollektivvertragliche Rechte der Beschäftigten zu beschneiden. Dass derartige Denkmuster in Wirtschaftskreisen gerne gepflogen werden, bewies jüngst der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet. Er hat am 20. Februar 2011 im französischen Radiosender Europe 1 angesichts des wachsenden Inflationsdrucks in der Eurozone vor Lohnerhöhungen gewarnt: „Das wäre das Dümme, was man machen könnte“, so Trichet. Diese Meinung kann ich nicht teilen.

Anstatt gegen faire Einkommenserhöhungen für die ArbeitnehmerInnen zu wettern, sollte sich Trichet seinen Spruch lieber für die Finanzkrise und deren Folgen aufheben. Denn welche Bezeichnung als die Trichet-Äußerung passt besser zu der Tatsache, dass Milliarden Spekulationen von hochbezahlten Bankern die Weltwirtschaft vor zwei Jahren an den Rande des Ruins führte und die ArbeitnehmerInnen sie mit ihrem Steuergeld vor der Pleite retten „durften“?

Wilhelm Habertzettl  
[wilhelm.habertzettl@vida.at](mailto:wilhelm.habertzettl@vida.at)

# ÖGB unterstützt das Bildungsvolksbegehren

## IMPULS FÜR BILDUNGSREFORMEN



PISA und andere Studien haben ans Tageslicht gebracht, dass Reformen im Bildungssystem überfällig sind. Der ÖGB-Vorstand hat am 24. Februar 2011 in seiner Sitzung beschlossen, sich heuer unter dem Titel „Bildung geht weiter“ intensiv mit dem immens wichtigen Thema Bildung zu befassen. Auch das Bildungsvolksbegehren „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ wird vom ÖGB unterstützt.

„BILDUNG GEHT FÜR UNS WEITER, als die Themen und Argumente, die in der derzeitigen Diskussion fallen, allen voran Studiengebühren oder gemeinsame Schule“, stellt ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser klar. Der Bildungsbegriff des ÖGB beginne bereits beim Kindergarten, gehe über Schule, Lehre sowie Uni und mache auch dann nicht halt: „Denn es geht dem ÖGB auch um bessere Bedingungen bei der beruflichen Weiterbildung, also um lebensbegleitendes Lernen“, sagte Oberhauser. Alle diese Themen diskutiere man auf Sozialpartnerebene bereits mit den zuständigen Ministerinnen.

Das Bildungsvolksbegehren „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ sieht der ÖGB-Vorstand mehrheitlich als wichtigen Impuls, um die Bildungsdebatte voranzutreiben.

„FSGvida bewegt!“, Fraktionsblatt der FSGvida. **HERAUSGEBER:** Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft vida, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Fraktionsvorsitzender Wilhelm Haberzettl. **MEDIENINHABER:** Verlag des ÖGB GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **REDAKTION:** Hansjörg Miethling, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **GRAFIKDESIGN:** Maiers Büro, Agentur für Öffentlichkeitsarbeit GmbH und r+k Kowanz. **ARTDIREKTOR/GRAFIK:** Kurt Schmidt. **FOTO-ARCHIV:** Thomas Reimer. **FOTOS:** Markus Zahradnik, Paul Sturm, Christina Häusler. **FSG IM INTERNET:** www.fsgvida.at. **HERSTELLER:** Verlag des ÖGB GmbH. **VERLAGSORT:** Wien. **HERSTELLUNGSORT:** Wien. **DVR-Nr.** 0562041, **ZVR-Nummer:** 158 750 011



„Bildung ist ein soziales Grundrecht für alle und ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung eines Landes“

Sabine Oberhauser,  
ÖGB-Vizepräsidentin

Das gesamte **ÖGB-Förderungsprogramm** „BILDUNG GEHT WEITER“ ist auf der ÖGB-Homepage unter [www.oegb.at](http://www.oegb.at) im Internet abrufbar.

Ab sofort werden für das Volksbegehren **„Österreich darf nicht sitzen bleiben“** Unterstützungserklärungen gesammelt. Mindestens 8.032 Unterstützungserklärungen sind nötig, damit das Volksbegehren durchgeführt werden kann. Alle Infos dazu gibt es unter [www.nichtsitzenbleiben.at](http://www.nichtsitzenbleiben.at)

Im Unterschied zur FSG unterstützt die Minderheitsfraktion der ÖVP-nahen Christgewerkschafter (FCG) das Volksbegehren nicht und stimmte im ÖGB-Vorstand gegen die Unterstützung. Hauptinitiator des Volksbegehrens ist Ex-Vizekanzler und -Finanzminister Hannes Androsch. „Bildung ist ein soziales Grundrecht für alle und ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung eines Landes“, so Oberhauser. „Das Recht auf Bildung muss ohne soziale Schranken und ohne finanzielle Hürden allen offenstehen. Alles, was unsere Grundsätze und die Positionen der Sozialpartner im Bildungsbereich unterstützt, ist willkommen“, so die ÖGB-Vizepräsidentin zum Bildungsvolksbegehren. Auch wenn die Sozialpartner in ihrem Konzept „Chance Bildung“ aus dem Jahr 2007 viel weiter gingen, enthalte das Volksbegehren

doch Forderungen, die ein Motor für die nötigen Reformen im Bildungsbereich sein könnten. „Wir ersuchen daher alle Mitglieder, die sich mit den Inhalten des Volksgehrens identifizieren können, dieses zu unterzeichnen“, appellierte Oberhauser.

Neben einer guten Ausbildung bildet die ständige Weiterbildung die Basis für Chancen in der Arbeitswelt, gute Einkommen, ein sicheres Sozialsystem und einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort Österreich. ÖGB und Gewerkschaften fordern daher: Schule muss Fähigkeiten fördern. Die Förderung hängt zu einem Großteil aber vom Einkommen der Eltern ab. Jährlich geben Eltern 120 bis 130 Millionen Euro für Nachhilfe aus. Der ÖGB fordert daher pro Bezirk zumindest eine Volks- und eine Mittelschule mit Ganztagsangebot.